

Dr. Stephan Eisel
An der Vogelweide 11
53229 Bonn
stephan.eisel@gmx.net
(14. Dezember 2012)

Kulturpolitik als Bonner Stiefkind: Zündeln an der Oper, Millionen für eine marode Mehrzweckhalle und Trägheit beim Beethoven-Festspielhaus

„Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten.“
Karl Kraus

Welch ein Kontrast: Gerade hat Kulturstatsminister Bernd Neumann für den Bund hat „ein klares Bekenntnis“ zum nationalen Kulturstandort Bonn abgelegt: „Mit der Förderung der Bundeskunsthalle – und auch mit dem in direkter Nachbarschaft stehenden Haus der Geschichte – fühlen wir uns der Historie der "Bonner Republik" verpflichtet. Es müssen ja auch nicht alle Einrichtungen von nationaler Bedeutung in Berlin sein.“ Praktisch zeitgleich setzt die Stadtspitze den Kulturstandort Bonn leichtfertig und willkürlich aufs Spiel. Wer die Bonner „Kulturpolitik“ der letzten drei Jahre verfolgt, kann nur noch den Kopf schütteln:

1) Zündeln an der Bonner Oper

Eigentlich sollte man davon ausgehen, dass ein Oberbürgermeister sich schützend vor die Einrichtungen seiner Stadt stellt. In Bonn scheint das anders zu sein: Immer wieder stellt der Bonner OB die eigene Oper in Frage – obwohl der Stadtrat ihn deswegen am 28. Juni 2012 ausdrücklich gerügt hat: „Der Rat der Stadt Bonn kritisiert in Form und Inhalt den erneuten Vorstoß des Oberbürgermeisters Nimptsch zu einer Köln-Bonner Opernfusion und distanziert sich ausdrücklich von der Haltung des Bonner Oberbürgermeisters.“

Aus einer Pressemitteilung der Stadt Köln (!) erfuhr die Bonner Öffentlichkeit jetzt, dass die Oberbürgermeister von Köln und Bonn zwei Kölner und einen Düsseldorfer Intendanten beauftragt haben, trotzdem ein Opern-Fusionskonzept zu erstellen. Für Bonn ist dieses Vorgehen ist inakzeptabel, denn damit

- ignoriert der Bonner OB den Ratsbeschluss vom 28. Juni 2012 ebenso wie die Tatsache, dass alle Ratsfraktionen (mit Ausnahme der Linkspartei) sich bereits klar gegen eine Opernfusion ausgesprochen haben. In Paragraph 62 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ist aber klar geregelt, dass der Oberbürgermeister die „Beschlüsse und Entscheidungen (des Rates) ... unter der Kontrolle des Rates und in Verantwortung ihm gegenüber durchführt“.
- ist ein offener Affront gegen den neuen Bonner Operntendanten Bernard Helmich verbunden, mit dem Stadt soeben einen Vertrag abgeschlossen hat, damit er ab 1. August 2013 die selbstständige Bonner Oper führt.
- werden die 440 städtischen Mitarbeiter an der Oper Stich im gelassen, die zu Recht erwarten, dass der Oberbürgermeister als ihr Dienstherr für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze sorgt.
- wird auch die Existenz des Beethovenorchesters gefährdet, das sich in erheblichem Umfang über seine Operndienste finanziert.
- im „Expertentrio“, das sich über Bonns kulturelle Zukunft Gedanken machen soll, sind zwar Köln und Düsseldorf vertreten – aber die Bonner Stimme fehlt.

2) Millionen für eine marode Mehrzweckhalle

2011 hat der Bonner Rat auf Vorschlag der Verwaltung den Erhalt der maroden Beethovenhalle beschlossen ohne dass offengelegt wurde, welche Kosten dadurch entstehen. Man fühlt sich an die WCCB-Nebelfahrt erinnert. Erst Monate später legte die Verwaltung eine Kostenschätzung vor, nach der die Sanierung der Beethovenhalle zu einer „Multifunktionshalle“ die Stadtkasse mit mindestens 30 Millionen belasten wird.

Dabei gibt es für eine solche Halle eigentlich keinen Bedarf. So gab es 2011 in der Beethovenhalle nur 28 Veranstaltungstage, an denen zwingend eine Mehrzweckhalle gebraucht wurde, darunter sechs After-Job bzw. Ü-30 Parties, sechs Musicalveranstaltungen oder Bälle, vier Karnevalsveranstaltungen und drei Konferenzen. Für solche Veranstaltungen steht u. a. mit dem Brückenforum, der Godesberger Stadthalle, dem Maritim, dem T-Mobile-Forum und nach Fertigstellung dem WCCB ausreichend Kapazität zur Verfügung. Es bleibt ein Rätsel, warum soll dennoch soviel Geld in eine weitere Mehrzweckhalle gesteckt werden soll.

Als Weihnachtsüberraschung zauberten Kommunalpolitiker trotz der monatelangen Debatte um einen Nothaushalt jetzt plötzlich 15 Millionen für diese Sanierung hervor. Man habe Straßenbauprojekte gestrichen, für die noch keine Ausführungsplanung vorliegt. Diese Entdeckung offenbart erneut die Schwäche der kommunalen Spardebatte, denn die eigentlichen großen Ausgabenpositionen bleiben unbeachtet.

Wussten Sie zum Beispiel, dass in Bonn

- für Parkautomaten und Parkplätze trotz der eingenommenen Parkgebühren mehr Steuergeld ausgegeben wird als für die Beethovenpflege.
- die jährlichen Kosten für die Beethovenhalle die gesamte Förderung freier Kulturträger und (!) der Sportvereine übersteigen.
- das städtische Gebäudemanagement den Steuerzahler jedes Jahr sieben Mal soviel wie das Beethovenorchester kostet.
- mehr für städtisches Personalmanagement ausgegeben wird als für die Musikschule oder die Bereitstellung von Sportanlagen.
- der Aufwand für Straßenerhaltung in jedem Jahr deutlich höher liegt als für Oper und Schauspiel.

3) Städtische Trägheit beim Festspielhaus

Vor nunmehr fünf Jahren – am 15. November 2007 – hat der Deutsche Bundestag im Blick auf den 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven im Jahr 2020 beschlossen, eine „Stiftung Festspielhaus Beethoven“ in die Liste der „national bedeutsamen Kulturinvestitionen“ aufzunehmen und dafür 39 Millionen Euro bereit zu stellen. Daneben liegen auch Zusagen des Rhein-Sieg-Kreises über 3 Mio Euro, der Sparkasse Köln-Bonn über 5 Mio Euro und von NRW für eine Million Euro jährlich vor. Für den Bau hat die Post 30 Mio Euro zugesagt, durch die bürgerschaftliche Initiative „5000x5000“ von IHK-Präsident Wolfgang Griebel wurden für den „Beethoven-Festspielhaus Förderverein“ bereits 5 Millionen Euro an Spenden gesammelt. Ausserdem bereiten die Hoteliers der Region einen „Beethoenthaler“ pro Übernachtung für den Bau des Festspielhauses vor.

Am 4. September hat sich nach langem Taktieren endlich auch der Bonner Stadtrat mit der übergroßen Mehrheit von 61:18 Stimmen klar zum Beethoven-Festspielhaus bekannt. Dieser Ratsbeschluss

- enthält ein ausdrückliches und eindeutiges Bekenntnis zum Beethoven-Festspielhaus,
- bestätigt die Verantwortung der Stadt für Grundstück und Umfeldgestaltung,
- sichert dem privaten Investor beim Bebauungsplan Unterstützung zu,
- verzichtet auf bisher praktizierte, gegen das private Engagement gerichtete Fristsetzungen und
- enthält (das bisher fehlende) Bekenntnis zur "angemessenen" Mitfinanzierung des Betriebs des Festspielhauses, die die Voraussetzung für die Auszahlung der vom Bundestag beschlossenen 39 Mio Euro für eine Betriebsstiftung ist.

Leider kann man nicht sagen, dass nach diesem klaren Ratsvotum auch die Verwaltungsspitze in Schwung gekommen ist. Von der Zuschauertribüne wird dort das bürgerschaftliche Engagement begutachtet. Gefragt wäre aber engagierter Einsatz auf dem Spielfeld.

Wenn im Jahr 2020 der 250. Geburtstag Beethovens weltweit gefeiert wird, werden sich die Augen der Welt auf seine Geburtsstadt richten. Bei diesem internationalen Ereignis geht es nicht nur um Musik und Kultur, sondern auch um wirtschaftliche Perspektiven und Arbeitsplätze für Bonn. Mit Trägheit wird man dieser Riesenchance für Bonn nicht gerecht werden können.

Für die Beethovenstadt ist das Kulturangebot entscheidender Standortfaktor und auch für eine gute wirtschaftliche Zukunft Bonns und neue Arbeitsplätze unverzichtbar. Es ist höchste Zeit, dass in Bonn wieder eine Kulturpolitik gemacht wird, die diesen Namen verdient.